

Manuskript

Beitrag: Luxusversorgung für Wahlbeamte – Posten, Pensionen, Privilegien

Sendung vom 10. Mai 2016

von Thomas Münten und Heiko Rahms

Anmoderation:

Lebensleistungsrente, ein großes Wort und bei der Großen Koalition derzeit groß in Mode. Es besagt: Wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, soll im Alter mehr haben als die bloße Grundsicherung. Das wäre ja auch nur gerecht. Und mehr Gerechtigkeit, das ist ein großes Versprechen, mit dem Politiker gerne bei den kleinen Leuten punkten würden. Dann sollten sie aber zunächst bei sich beziehungsweise ihresgleichen Privilegien abbauen, die schreiend ungerecht erscheinen. Denn Wahlbeamte, also zum Beispiel Bürgermeister oder Dezernenten, meistens mit Parteibuch, erhalten Pensionen, davon kann der normale Beamte nur träumen - zeigen Thomas Münten und Heiko Rahms.

Text:

Polizeihauptkommissar Dieter Jakobi – seit drei Wochen streift er nur noch privat durch Remscheid. Nach Jahrzehnten auf der Straße im Streifendienst und als Ansprechpartner für die Bürger ist er jetzt im wohlverdienten Ruhestand.

***O-Ton Dieter Jakobi, Polizeibeamter im Ruhestand
Die Belastung in unserem Polizeiberuf, die ist ja nicht gerade mal gering, weil der Polizeibeamte, wie gesagt, auch teilweise Entscheidungen treffen muss, die innerhalb von Sekunden getroffen werden müssen. Ich denke da nur unter Umständen an den Schusswaffengebrauch.***

Polizist Dieter Jakobi geht nach insgesamt 43 Dienstjahren in Pension. Das kann er mit 62 Jahren. Sein Ruhegehalt: rund 2.700 Euro pro Monat.

Dirk Elbers – auch er ist heute nicht mehr im Dienst. Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf war 2014 nach nur einer Amtszeit nicht wiedergewählt worden. Bei der Amtseinführung - voller Tatendrang:

O-Ton Dirk Elbers, CDU, Oberbürgermeister Düsseldorf von 2008 bis 2014:

Es gibt hier eine Menge zu tun, die Stadt ist groß und da gibt's viel, viel Arbeit so in der Riege, darauf freu ich mich auch.

Doch Dirk Elbers wird nach nur sechs Dienstjahren abgewählt. Mit nur 54 Jahren darf er sofort in den Ruhestand gehen. Sein Ruhegehalt schätzt der Steuerzahlerbund auf rund 4.200 Euro pro Monat.

O-Ton Dieter Jakobi, Polizeibeamter im Ruhestand:

Der Polizeibeamte steht immer mit dem Rücken an der Wand und ist der Prügelnabe der Nation und hält im Grunde genommen den Politikern dementsprechend den Rücken frei irgendwie. Und ist das gerecht? In meinen Augen überhaupt nicht.

Während die ganz normalen Beamten bis zur ganz normalen Altersgrenze arbeiten müssen, dürfen kommunale Wahlbeamte, also Bürgermeister, Kämmerer oder Stadträte in vielen Bundesländern unabhängig von Lebensalter und Dienstzeit Pensionen kassieren.

O-Ton Prof. Joachim Wieland, Rechtswissenschaftler Universität Speyer:

Es ist kein Grund ersichtlich, warum Wahlbeamte eine Pension bekommen sollten, bevor sie 67 sind. Das ist das Eintrittsalter für alle normalen Rentnerinnen und Rentner, das ist das Eintrittsalter für diejenigen, die Pensionen beziehen. Und Wahlbeamte sollten genauso behandelt werden.

Ein Interview lehnt der ehemalige Oberbürgermeister ab. Doch Dirk Elbers ist häufig Gast auf der Grafenberger Galopprennbahn. Dort treffen wir ihn. Hält er seine Pension für angemessen?

O-Ton Dirk Elbers, CDU, Oberbürgermeister Düsseldorf von 2008 bis 2014:

Ja, da hat bisher ja noch niemand drauf verzichtet - weder mein Nachfolger, noch mein Vorgänger, noch die davor. Das ist so und das steht einem dann zu. Das einzige, was ist, dass man auch wissen muss, es wird angerechnet. Das heißt, dass all das, was ich jetzt verdiene, und ich arbeite ja Vollzeit, wird angerechnet, sodass wahrscheinlich am Jahresende die Pension ja sowieso nicht gezahlt wird.

Elbers gibt an, er sei jetzt Immobilienmakler. In seinem neuen Beruf müsste er schon rund 17.000 Euro zu seiner Pension dazu verdienen. Nur dann würde luxuriöse Versorgung als Ex-Oberbürgermeister nicht ausgezahlt. Wie viel Geld Elbers

tatsächlich bisher ausgezahlt wurde, will er trotz Nachfrage nicht mitteilen.

Osnabrück. Die Sozialdemokratin Jutta Bott wird im Juli 2012 zur Stadtkämmerin gewählt. Als sie am 1. Oktober ihr Amt antritt, steht der Termin für ihre Abwahl am 16. Oktober bereits fest. Der Grund: Jutta Bott hatte ihre Doktorarbeit während der Arbeitszeit von ihrer Sekretärin abtippen lassen, ein Disziplinarverfahren folgte.

Jutta Bott wird nach nur 16 Diensttagen als Stadtkämmerin in Osnabrück abgewählt. Sie geht mit damals 46 Jahren in Pension. Ihr Ruhegehalt: rund 2.500 Euro pro Monat.

Schriftlich teilt sie uns dazu mit,

Zitat:

„Mein Ruhegehalt errechnet sich aus einer über dreißigjährigen Tätigkeit im öffentlichen Dienst...“

Das ist richtig, was die Höhe der Pension angeht. Aber dass Jutta Bott sie ab sofort erhält und schon mit 46 Jahren, liegt nur an den 16 Tagen als Wahlbeamtin.

Eigentlich sollten Wahlbeamte mindestens acht Jahre im Amt gewesen sein, doch der Gesetzgeber hat Schlupflöcher gelassen. So können Wahlbeamte früher kassieren, weiß Bernhard Zentgraf vom Bund der Steuerzahler.

O-Ton Bernhard Zentgraf, Bund der Steuerzahler:
Alle Versorgungsregelungen in den Bundesländern haben eine Mindestdienstzeit im Gesetz stehen, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn es können Vordienstzeiten vor dem Bürgermeisteramt angerechnet werden. Und komischerweise zählt da alles dazu, was ein Kandidat oder ein Bürgermeister vorher getan hat. Alles, was er beruflich getan hat, man könnte vielleicht einen Abstrich machen, wenn jemand im Gefängnis war, diese Zeit wird nicht berücksichtigt.

In den meisten Bundesländern dürfen sich kommunale Wahlbeamte über eine äußerst großzügige Pensionsregelung freuen: Sofortpensionen, unabhängig vom Alter und mit sehr weitreichenden Anerkennungen anderer Tätigkeiten bieten Bremen, Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. Etwas eingeschränkter sind die Regelungen in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Streng geht es bei den Pensionen von Wahlbeamten nur in Berlin, Sachsen und im Saarland zu. Hier werden Ruhegehälter erst mit Erreichen des Pensionsalters fällig.

Friesoythe, Niedersachsen. Der 56-jährige Dirk Vorlauf ist Erster

Stadtrat der kleinen Gemeinde bei Oldenburg. Der Wahlbeamte kandidiert im Juli 2014 nicht mehr für eine neue Amtszeit. Der lokalen Presse teilt das CDU-Mitglied mit, er stehe für eine weitere Amtszeit unter einem SPD-Bürgermeister nicht zur Verfügung.

Erster Stadtrat Dirk Vorlauf verzichtet 2014 freiwillig auf eine erneute Kandidatur. Mit 56 Jahren geht er deshalb in Sofortpension und bekommt seitdem Monat für Monat rund 5.000 Euro ausgezahlt.

O-Ton Bernhard Zentgraf, Bund der Steuerzahler:
Das ist schon erstaunlich, dass ein kommunaler Spitzenbeamter weit vor der regulären Altersgrenze sagen kann: Ich möchte nicht mehr. Er quittiert seinen Dienst und bekommt ab sofort Pension. Das ist im Vergleich mit anderen Arbeitnehmern eine solche Besserstellung im Grunde, die zum Himmel schreit.

Dirk Vorlauf lehnt ein Interview ab. Schriftlich begründet seinen Rückzug aus dem Rathaus mit dem Wechsel der politischen Verhältnisse. Sein Ruhegehalt hält er für gerechtfertigt,

Zitat:

„Das Wahlbeamtenverhältnis ist nicht mit dem Beamtenstatus eines normalen Beamten vergleichbar, weil dieser nie in dieser Form mit dem „politischen Feuer“ in Berührung kommt.“

Luxuriöse Sofortpensionen lange vor dem normalen Ruhestand, alles ganz legal, aber auch richtig? Nachfrage bei Boris Pistorius, dem zuständigen Innenminister des Landes Niedersachsen:

O-Ton Frontal 21:
Kritiker behaupten, dass die Regelungen im Land Niedersachsen besonders luxuriös seien.

O-Ton Boris Pistorius, SPD, Innenminister Niedersachsen:
Das kann man vielleicht so bewerten, ich tue das nicht. Die Regelungen sind relativ alt, haben sich scheinbar auch bewährt. Wir werden natürlich nach wie vor alle Regelungen regelmäßig evaluieren, aber nur weil es einige Kritiker gibt, muss man ein Gesetz nicht gleich ändern, da hätte man viel zu tun.

O-Ton Prof. Joachim Wieland, Rechtswissenschaftler Universität Speyer:
Jede Partei, die versuchen würde, eine Reform strikt durchzusetzen, müsste ja damit rechnen, dass ihre eigenen Parteimitglieder, ihre eigenen Wahlbeamten von solchen Regelungen betroffen würden, sie will natürlich nicht die eigenen Parteifreunde in Schwierigkeiten bringen, und

deshalb besteht immer eine Neigung, dass man sich gegenseitig nicht wehtut, dass man es bei den recht großzügigen Regelungen belässt.

Daniel Zimmermann ist 34 und seit 2009 Bürgermeister in Monheim am Rhein. Auch er könnte profitieren. Bei einer Abwahl bekäme er sofort rund 3.000 Euro monatlich – lebenslang. Er findet das grotesk.

O-Ton Daniel Zimmermann, PETO, Bürgermeister Monheim am Rhein:

Wenn ich nach dieser Wahlperiode ausscheiden sollte, wäre ich 38 Jahre alt. Dann hätte ich noch fast 30 Berufsjahre vor mir. Und die will ich mit Sicherheit nicht als Ruhestandsbeamter verbringen. Also insofern hätte ich ganz klar hier auch ohne diese Versorgungsansprüche sehr, sehr gut auskommen können.

Der junge Bürgermeister hält das großzügige Versorgungssystem für überholt. Am liebsten würde er es ändern.

O-Ton Daniel Zimmermann, PETO, Bürgermeister Monheim am Rhein:

Wenn Ziele erreicht werden, wenn auch die Stadt wirtschaftlich gut da steht, dann beteiligt man Bürgermeister, Landräte mit einem gewissen Bonus an diesem Erfolg. Die reine Absicherung durch eine Beamtenpension, egal ob sich dieser Erfolg einstellt oder nicht, die halte ich für nicht angemessen.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.